

Antrag der CDU - Ratsfraktion

öffentlich

Datum

31.03.2004

Nummer

A0064/04

Absender

CDU-Ratsfraktion

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates

Herrn Heidl

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

15.04.2004

Kurztitel

Allgemeinverständliche Behördenschreiben

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass durch die Stadtverwaltung sowie alle städtischen Einrichtungen fremdsprachliche Begriffe nur dann in der internen wie externen Kommunikation Verwendung finden, wenn diese bereits in den allgemeinen Sprachgebrauch Eingang gefunden haben.

Des Weiteren soll analog der Verfahrensweise der Landkreisverwaltung des niedersächsischen Landkreises Harburg für die Stadtverwaltung und der städtischen Einrichtungen eine Formulierungshilfe für das allgemeinverständliche Abfassen von Behördenschreiben erstellt werden.

Begründung:

In der jüngeren Vergangenheit lässt sich auch in der Magdeburger Stadtverwaltung und insbesondere bei den städtischen Einrichtungen der Trend zur unreflektierten Verwendung von, vor allem englischsprachigen Fremdwörtern, finden. So fand am 6. März dieses Jahres der erste Dog-Day im Zoologischen Garten Magdeburg statt. Es ist sehr kritisch zu hinterfragen, ob keine inhaltsgleiche deutschsprachige Formulierung hätte gefunden werden können.

Der Antrag richtet sich ausdrücklich nicht gegen bereits in den allgemeinen Sprachgebrauch eingegangenen Fremdwörter. Die Verwendung von fremdsprachlichen Begriffen sollte auf die Bereiche beschränkt bleiben, wo sie nicht oder nur unzureichend durch deutschsprachige Wörter substituiert werden können.

Immer wieder kommt es zu Nachfragen durch die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zum eigentlichen Inhalt von Behördenschreiben. Häufig bestehen Schwierigkeiten bei der Interpretation des eigentlichen Behördenwillens. Die durch die Verwaltung des Landkreises Harburg herausgegebene Stilfibel „Flotte Schreiben vom Amt“ kann für Magdeburg beispielgebend sein (Quelle FOCUS 11/04). Mit der Formulierung von amtlichen Schreiben in einer allgemeinverständlichen Art und Weise lässt sich auch der mit der Beantwortung diverser Bürgeranfragen verbundene Verwaltungsaufwand reduzieren. Solche Formulierungen wie Verselbständigkeitsanalyse (Benötigt der Behinderte fremde Hilfe?) oder Kostenzusageübernahmeerklärung (Übernehmen Sie die Kosten?) lösen häufig mehr Fragen auf als sie beantworten.



Gerhard Ruden
CDU-Stadtrat